

Protokoll über die öffentliche Sitzung des Rundfunkrats am 8. Juli 2021

Ort: Video- / Telefonschalte

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

Teilnehmende:

Vorsitz:

Dr. Klaus Sondergeld

Rundfunkrat:

Ellen-Anna Best
Annika Brinkmann
Hendrikje Brüning
Martina Burandt (ab 16:45 Uhr)
Pierre Demirel
Devrim Dogan
Andreas Egbers-Nankemann (ab 16:45 Uhr)
Lara Gerecke (bis 19:00 Uhr)
Ute Golasowski
Dr. Ernesto Harder
Walter Henschen
Cornelia Hopp (bis 19:00 Uhr)
Michael Horn
Thomas Joppig
Selda Kaiser
Katharina Kissling
Farina Kemp-Bedoui
Dr. Hermann Kuhn
Christian Linker (ab 16:45 Uhr)
Christiane Niebuhr-Redder
Bernd Panzer
Uwe Parpart
Anette Paul
Ariane Redder
Elena Reichwald
Ramona Ruf
Nathalie Sander (ab 16:50 Uhr)
Dirk Schmidtman (ab 16:45 Uhr)
Thomas von Zabern

Verwaltungsrat:

Prof. Dr. Thomas von der Vring

Radio Bremen:

Dr. Yvette Gerner
Brigitta Nickelsen
Jan Weyrauch
Sven Carlson
Christina Del Din
Martin Niemeyer
Dr. Enzo Vial
Jens Böttger
Mareike Franz

Vom Personalrat entsandt:

Gerrit Busch
Christina Fee Moebus
Cengiz Tarhan

Publikumsbeauftragte:

Eva Linke

Gäste:

Ivka Jurčević (TOP 10)
Bärbel Peters (TOP 11)
Johanna Roloff (TOP 12.a.)
Peter Chojnacki (TOP 12.b.)
Andreas Neumann TOP 13)
Dr. Frank Schulte (TOP 14)

Senatskanzlei:

Dr. Timo Utermark

Protokoll:

Nina Gabriel

Zuschauende stellvertretende Rundfunkratsmitglieder:

Christine Bornkeßel

Susanne von Essen

Anke Grotkop

Janika Rehak

Anja Walecki

Entschuldigt:

Rundfunkrat:

Klaus Becké, in Vertretung anwesend Lara Gerecke

Viola Falkenberg, in Vertretung anwesend Thomas Joppig

Arne Frankenstein, in Vertretung anwesend Anette Paul (per Telefon)

Nikolai Goldschmidt, in Vertretung anwesend Ramona Ruf

Radio Bremen

Jan Schrader

Dorothea Hartz

Tagesordnung

1. Genehmigung der Tagesordnung
 2. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Rundfunkratssitzung am 10. Dezember 2020
 3. Genehmigung des Protokolls über die nicht öffentliche und über die öffentliche Rundfunkratssitzung am 25. März 2021
 4. Bericht des Vorsitzenden
 - a. Entschließung zur medienpolitischen Debatte um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
 5. Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrats
 6. Bericht der Intendantin
Vorlage 10/2021
 7. Berichte aus den Ausschüssen
 - a. Finanz- und Organisationsausschuss
 - b. Ausschuss für Zukunftsfragen und Telemedien
 - c. Programmausschuss
 8. Berichte vom ARTE-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat
 9. Entsendung eines Mitglieds in den ARTE-Programmbeirat
Vorlage 11/2021
 10. Tätigkeitsbericht der Datenschutzbeauftragten
Vorlage 12/2021
Gast: Ivka Jurčević, Datenschutzbeauftragte Radio Bremen
 11. Bericht der Jugendschutzbeauftragten
Vorlage 13/2021
Präsentation
Gast: Bärbel Peters, Jugendschutzbeauftragte Radio Bremen
 12. Belange behinderter Menschen
 - a. Bericht über die Beschäftigung von Schwerbehinderten bei Radio Bremen
Vorlage 14/2021
Gast: Johanna Roloff, Vertrauensperson der Schwerbehinderten, Radio Bremen
 - b. Bericht über barrierefreie Angebote
Vorlage 15/2021
Gast: Peter Chojnacki, ehemaliger Leiter zentrale Programmaufgaben Radio Bremen, u.a. Mitglied für Radio Bremen in der AG „Barrierefreiheit“ der ARD
 13. Wahlberichterstattung
Präsentation
Gast: Andreas Neumann, Leiter ARD-aktuell
 14. Rückblick auf die Corona-Berichterstattung
Präsentation
 15. Publikumsakzeptanz von Radio Bremen-Angeboten
Vorlage 16/2021
 16. Bericht über Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
Vorlage 17/2021
 17. Verschiedenes
-

Herr Dr. Sondergeld begrüßt alle Teilnehmenden und eröffnet die öffentliche Rundfunkratssitzung um 16:30 Uhr.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Dr. Sondergeld schlägt auf Nachfrage eines Rundfunkratsmitglieds vor, den Tagesordnungspunkt 12 „Belange behinderter Menschen“ vorzuziehen und bereits nach TOP 3 aufzurufen.

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form genehmigt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Rundfunkratssitzung am 10. Dezember 2020

Das Protokoll wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

TOP 3: Genehmigung des Protokolls über die nicht öffentliche und über die öffentliche Rundfunkratssitzung am 25. März 2021

Die Protokolle werden in den vorliegenden Fassungen genehmigt.

TOP 12: Belange behinderter Menschen

- a. **Bericht über die Beschäftigung von Schwerbehinderten bei Radio Bremen
Vorlage 14/2021
Gast: Johanna Roloff, Vertrauensperson der Schwerbehinderten, Radio Bremen**

Herr Dr. Sondergeld begrüßt die Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen bei Radio Bremen, Frau Roloff.

Fragen zum Bericht über die Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen bei Radio Bremen:

Frau Paul macht deutlich, sie habe sich vorab mit Arne Frankenstein zu folgenden Punkten beraten:

Zum einen möchten sie den Grund für Unterschreitung der Pflichtquote in Erfahrung bringen. Weiter sei in der Vorlage aufgeführt, dass die Quote eventuell durch Praktikant*innen aufgebessert werden könne. Sie fragt, ob hier eine Übernahme im Anschluss an die Praktika geplant sei. Arne Frankenstein schlage in diesem Zusammenhang vor, im Verbund mit der ARD ein Volontariat einzurichten. Hierfür könne auf Daten der zentralen Arbeitsvermittlungsstelle in Bonn (ZAV) zurückgegriffen werden, wo arbeitssuchende Akademiker*innen gemeldet seien. Drittens sei in der Vorlage die Rede von einer Liste, in der Unternehmen aufgeführt seien, die Menschen mit Behinderung beschäftigen würden. Hier regen sie an, nicht nur Behinderten-Werkstätten zu bedenken, sondern auch Inklusionsbetriebe, wie beispielsweise das Ge-

schmackslabor. Es wäre natürlich zu befürworten, wenn Radio Bremen behinderte Menschen direkt beschäftige. Durch die Einbeziehung der genannten Unternehmen könnte jedoch vorläufig ein positiverer Wert der Ausgleichsabgabe erreicht werden.

Frau Dr. Gerner bedankt sich bei Frau Paul für die intensive Befassung mit dem Thema. Sie verdeutlicht, dass die Beschäftigungsquote, bei der man leider unter der fünf-Prozent-Quote geblieben sei, lediglich eine Momentaufnahme für 2020 darstelle. Die gesunkene Quote sei kein Zeichen für eine veränderte Personalpolitik. Vielmehr lasse sich die erstmalige Unterschreitung der Pflichtquote insbesondere mit der Ausgliederung von Arbeitskräften zur Bremedia Produktion GmbH (Bremedia) erklären. Zusätzlich seien Kolleg*innen in Rente gegangen.

Sie bittet Herrn Niemeyer, genauere Informationen zu der Praktikant*innen-Beschäftigung zu geben. Im Prinzip wolle man damit auch ein Personalreservoir schaffen bzw. die Möglichkeit eröffnen, Personen kennenzulernen, die man anschließend beschäftigen könne. Über die Liste der ZAV stehe man mit Arne Frankenstein bereits im Austausch. Sie weist zusätzlich auf den speziellen Personalbedarf von Radio Bremen hin.

Gerne stimme sie die zusammengestellte Liste der Inklusionsbetriebe im Nachgang zur Sitzung mit Frau Paul sowie Herrn Frankenstein ab.

Herr Niemeyer ergänzt, zunächst wolle man durch Praktika den Zugang verbreitern. Je mehr schwerbehinderten Menschen man die Möglichkeit biete, sich bei Radio Bremen auszuprobieren, desto größer sei die Chance, dadurch die Festanstellung von behinderten Menschen zu fördern – dies sei das langfristige Ziel. Er bestätigt, dass man mit der aktuellen Beschäftigungsquote für 2020 nicht zufrieden sei. Die Gründe für das Unterschreiten der Pflichtquote habe die Intendantin bereits aufgeführt.

Die Anregung zu dem Volontariat nehme er gerne mit. Hierzu werde er auch mit Arne Frankenstein in den Austausch treten, mit dem er bereits zum Thema der Praktika ins Gespräch kommen wollte – die Umsetzung habe sich durch die Corona-Pandemie leider verzögert.

Die aufgeführte Liste mit den Betrieben umfasse bereits Inklusionsbetriebe. Er bestätigt, dass es bei einigen Betrieben möglich sei, deren Leistung zugunsten der Beschäftigtenquote anrechnen zu lassen. Er betont, das langfristige Ziel sei jedoch, die Gesellschaft bei Radio Bremen abzubilden und die Beschäftigtenquote von behinderten Menschen zu erhöhen.

Die Nachfrage von **Herrn Parpart**, ob bei Ausschreiben von Radio Bremen der folgende Zusatz aufgeführt sei „Schwerbehinderte werden bei Vorliegen der Voraussetzungen besonders berücksichtigt“, bejaht **Herr Niemeyer**.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht über die Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen bei Radio Bremen zur Kenntnis.

b. Bericht über barrierefreie Angebote**Vorlage 15/2021****Gast: Peter Chojnacki, ehemaliger Leiter zentrale Programmaufgaben Radio Bremen, u.a. Mitglied für Radio Bremen in der AG „Barrierefreiheit“ der ARD**

Herr Dr. Sondergeld begrüßt Herrn Chojnacki, welcher für Radio Bremen in der AG „Barrierefreiheit“ der ARD tätig gewesen sei.

Fragen zum Bericht über barrierefreie Angebote:

Frau Paul beginnt mit einem Dank an Herrn Chojnacki, verbunden mit der Nachfrage, wann dessen Stelle neu besetzt werde und ob in diesem Zusammenhang geplant sei, die Arbeitszeit für Barrierefreiheit zu erhöhen. Sie habe sich auch zu diesem Bericht mit Arne Frankenstein abgesprochen. Es sei der subjektive Eindruck entstanden, dass Spielfilme, Sport und kulturelle Sendungen recht häufig mit Audiodeskription verfügbar seien – das sei sehr zu begrüßen. Ihr sei persönlich aufgefallen, dass die Tonmischung teilweise nicht passe. Z.B. sei bei dem Film „Trautmann“ die Audiodeskription sehr laut, die Filmsprache hingegen sehr leise wiedergegeben worden. Hingegen müsse die Deutsche Gebärdensprache noch häufiger eingesetzt werden – vor allem mit Blick auf viele privaten Anbieter, die es bereits anböten. Dadurch entstehe der positive Nebeneffekt, dass nichtbehinderte Zuschauer*innen auf hörbehinderte Menschen aufmerksam gemacht würden. Positiv wolle man noch hervorheben, dass das Angebot von Leichter Sprache aufgegriffen worden sei. Arne Frankenstein möchte diesbezüglich in Erfahrung bringen, warum Radio Bremen dies nicht selbst anbiete, sondern über die Lebenshilfe erhalte. Zudem begrüße man, dass die Untertitelung bei Radio Bremen relativ gut abgedeckt sei. Abschließend wolle sie noch darauf aufmerksam machen, dass sie eine Vielzahl an Diagrammen in der Vorlage nicht lesen konnte. Erst durch Erklärungen von Arne Frankenstein habe sie einige nachvollziehen können.

Herr Weyrauch bedankt sich ebenfalls bei Herrn Chojnacki für seine Arbeit. Frau Peters, die an der heutigen Sitzung ebenfalls teilnehme, da sie unter dem Tagesordnungspunkt 11 als Jugendschutzbeauftragte ihren Bericht vorstelle, werde zukünftig die Funktion von Herrn Chojnacki übernehmen – im selben Umfang wie dieser.

Radio Bremen sei bemüht, so viele Beiträge wie möglich mit Untertitelungen zu versehen. Entsprechend habe man sich einer ARD-Initiative angeschlossen, welche mit Hilfe von künstlicher Intelligenz versuche, Live-Untertitelung zu ermöglichen.

Zum Thema Gebärdensprache weist er auf die zahlreichen Diskussionen im Rundfunkrat hin und bittet um Verständnis, dass es für Radio Bremen, als kleinste Landesrundfunkanstalt, bereits fordernd sei, was man bisher umsetze. ARD-weit gebe es zahlreiche gute Angebote bis hin zur Tagesschau, welche jeden Tag live auch in Gebärdensprache zu sehen sei.

Zum Thema Leichte Sprache und Audiodeskription bittet er Herrn Chojnacki um Ergänzung.

Herr Chojnacki erklärt, die Übersetzung in Leichte Sprache habe man bisher von der Universität Hildesheim erstellen lassen. Als man zuletzt nach Möglichkeiten gesucht habe, diese Aufgabe nach Bremen zu verlagern, sei die Lebenshilfe auf Radio Bremen zugekommen. Daraus sei die sehr angenehme Kooperation für den Newsletter entstanden. Inzwischen habe man darüber hinaus verabreden können, dass die Lebenshilfe ab Ende Juli auch für die Webseiten Texte in Leichter Sprache zuliefern werde. Bei Radio Bremen habe man für diese umfassende Aufgabe nicht die nötige personelle Ausstattung.

Im Zusammenhang mit Audiodeskription verweist er auf S.8 in seinem Bericht. Dort sei ein kurzer Absatz über Sprachverständlichkeit zu finden. Dieser beziehe sich im Wesentlichen auf die Hauptmischung. Die zweite Audiospur, die Audiodeskription, sei eine separate Spur. Warum diese bei Frau Paul lauter sei, könne er nicht sagen. Er regt an, dass Frau Peters diese Frage in die AG „Barrierefreiheit“ der ARD mitnehmen könne.

Zum Angebot in Deutscher Gebärdensprache macht er deutlich, dass dies umfänglich ausgeweitet worden sei. In der ARD Mediathek seien mittlerweile mehrere Politmagazine sowie die Märchen in Deutscher Gebärdensprache abrufbar.

Herr Niemeyer ergänzt, es sei in kleinen Organisationseinheiten wie Radio Bremen schwer, Fachexpertise für Angebote wie die Übersetzung in Leichte Sprache vorzuhalten. Aus diesem Grund sei die Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe sehr zu begrüßen.

Frau Peters macht deutlich, dass sie sich sehr auf die Aufgabe als Beauftragte für Barrierefreiheit freue. Dies passe insofern thematisch gut, da diese Funktion in ihrem Bereich Programm-Management angesiedelt sei.

Herr Dr. Sondergeld bedankt sich bei Frau Peters. Ihre Jugendschutzberichte würden verdeutlichen, dass das Amt der Beauftragten für Barrierefreiheit auch zukünftig in guten Händen sei. Er dankt ebenfalls Herrn Chojnacki für seine Unterstützung der Arbeit des Rundfunkrats.

Der Rundfunkrat nimmt den Jahresbericht über barrierefreie Angebote für das Jahr 2020 zur Kenntnis.

TOP 4: Bericht des Vorsitzenden

Herr Dr. Sondergeld beginnt seinen Bericht mit Lob für die Radio Bremen-Dokumentation „Vom Nazi zum englischen Fußballidol – Die Torwartlegende Bert Trautmann“. Jan-Dirk Bruns und János Kereszti hätten eine ausgesprochen gelungene Dokumentation produziert, die ein sehr differenziertes Bild gezeigt habe – und keine unreflektierte Heldenverehrung.

Am 21. Mai 2021 habe ein 3sat-Gremien-Treffen in Form einer Videoschalte stattgefunden. Darin sei herausgestellt worden, wie umfangreich das Angebot

an klassischer aber auch avantgardistischer und aktueller Kulturberichterstattung auf 3sat sei. Viel Zustimmung der Gremienvertreter*innen habe es auch für den Appell von Marlehn Thieme, Fernsehratsvorsitzende des ZDF, gegeben, welche sich dafür aussprach, dass sich die Gremien in der Debatte um Auftrag und Struktur zu Wort melden sollten.

Dies sei, auch auf Vorschlag von Herrn von Zabern, in der Fortbildungsveranstaltung des Rundfunkrats am 1. Juni 2021 geschehen. Es sei bemerkenswert, dass der Bremer Medienstaatsrat, Dr. Olaf Joachim, dem Gremium einen Einblick in die aktuelle Situation und die Diskussion in der Rundfunkkommission gegeben habe. Das Ergebnis einer in der Fortbildungsveranstaltung gegründeten Gruppe, welche einen Entschließungstext zu Auftrag und Struktur ausgearbeitet habe, sei mit den Unterlagen zum Tagesordnungspunkt 4.a zugesandt worden.

Im Juni hätten einige Mitglieder an einem Dreistufentest-Workshop der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) teilgenommen. Er spreche an dieser Stelle sein Lob an die Kolleg*innen der GVK-Geschäftsstelle aus, welche das Vorhaben begleiten und Unterstützung anbieten würden. Mit Blick auf die anstehenden Dreistufentest-Verfahren habe der Ausschuss für Zukunftsfragen und Telemedien am 6. Mai die Mitglieder der „AG Dreistufentest“ gewählt. Die AG habe sich nun, am 5. Juli 2021, konstituiert. Als Vorsitzender sei er selbst und als stellvertretender Vorsitzender Simon Zeimke gewählt worden. Innerhalb eines Dreistufentest-Verfahrens übernehme der Rundfunkrat die Aufgaben einer Genehmigungsbehörde für die Telemedienangebote von Radio Bremen. Aufgrund der „Chinese Wall“ werde man auf die gewohnte Unterstützung in Form der operativen Leitung durch den Sender verzichten müssen. Eine weitere Voraussetzung für die Durchführung eines Dreistufentest-Verfahrens sei die Unterzeichnung einer Vertraulichkeitserklärung durch alle beteiligten Gremienmitglieder. Das Gremienbüro habe vor einigen Tagen erneut die Mitglieder angeschrieben, die dies bisher versäumt haben. Er bitte um die zeitnahe Rücksendung dieser Erklärung. Die Teilnahme an Plenums- oder Ausschusssitzungen, in denen das Dreistufentest-Verfahren beraten werde, sei ohne eine abgegebene Vertraulichkeitserklärung nicht möglich.

Ende Juni seien alle Gremienvorsitzenden zu einem GVK-Workshop in Köln eingeladen worden. Der ARD-Vorsitzende, Tom Buhrow, habe am Vorabend über die schwierigen finanziellen Verhältnisse informiert. Daneben habe man sich mit dem von der GVK in Auftrag gegebenen Gutachten zum Verfahren der Finanzbedarfsermittlung befasst. Dazu fänden parallel zu dieser Sitzung Verhandlungen zwischen dem GVK-Vorsitzenden und dem Gutachter mit den Intendant*innen statt. Frau Dr. Gerner werde von Herrn Schrader vertreten. Ferner habe man noch über die anstehenden Dreistufentest-Verfahren beraten.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht des Vorsitzenden zur Kenntnis

a. Entschließung zur medienpolitischen Debatte um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Herr Dr. Sondergeld erklärt, an der Entschließung hätten das Präsidium sowie Frau Niebuhr-Redder und Herr von Zabern mitgearbeitet. Das Ergebnis

dieser gemeinsamen Bemühungen sei dem Gremium mit den Unterlagen zugesandt worden. Es gehe dabei um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk insgesamt, aus der Perspektive einer Landesrundfunkanstalt. Man habe einen besonderen Blick darauf gelegt, dass Medienpolitik Länderpolitik sei. Man habe den Wert der Landesrundfunkanstalten und vor allem des Hörfunks für die einzelnen Bundesländer sowie die Regionen in den Bundesländern hervorgehoben.

Herr Demirel kommt auf den zu diesem Tagesordnungspunkt nachgereichten Ergänzungsantrag von Herrn von Zabern zu sprechen. Darin werde auf die Verkleinerung der Politmagazine und die dadurch angestrebte Stärkung der Mediathek eingegangen. Er sei kein absolut linearer Fernsehkonsument und wolle verdeutlichen, dass, auch wenn sich die Politmagazine in einer gewissen Anzahl reduzieren würden, es aus seiner Sicht nicht unbedingt zu Lasten der Qualität geschehen müsse. Vielmehr könnten diese schlagkräftiger und kompetenter gebündelt werden. Denn – und dies sei sicher – die ARD Mediathek müsse gestärkt werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk müsse auch die Menschen erreichen, die eben nicht linear konsumieren würden. Dies als Reaktion auf den Ergänzungsantrag, den man zu dieser von Herrn Dr. Sondergeld genannten Entschließung erhalten habe.

Herr Dr. Sondergeld verdeutlicht mit Blick auf den Änderungsantrag, in der letzten Woche seien die Pläne der neuen ARD-Programmdirektion bekannt geworden. Die neue ARD-Programmdirektion plane, die Programmstruktur zu ändern und dabei, mit Blick auf die ARD Mediathek, die Anzahl der gesendeten Magazine zu reduzieren und stattdessen bei den zuständigen Redaktionen Dokumentationen zu beauftragen. Hintergrund sei, dass Dokumentationen in der Mediathek höhere Abrufzahlen generierten als Politmagazine. Diese Pläne seien bislang lediglich den Intendant*innen erläutert worden. Insofern bitte er Frau Dr. Gerner um Ergänzung.

Frau Dr. Gerner macht deutlich, eine Vielzahl der Pressemeldungen berichte überspitzt über die noch nicht im Detail beratenen oder gar beschlossenen Pläne – es gehe um viel mehr, als um die politischen Magazine. Sie könne bestätigen, dass die neue Programmdirektorin, Christine Strobl zusammen mit Florian Hager und Oliver Köhr, ein wirklich bemerkenswertes Papier für die zukünftige Aufstellung des Ersten Deutschen Fernsehens und der ARD Mediathek vorgelegt habe. Das Papier befasse sich in erster Linie damit, wie man mit den Inhalten und auf beiden Ausspielwegen das Publikum am besten erreiche. Dafür müssten die vorhandenen Ressourcen klug eingesetzt und übergreifender geplant werden. Wie dies erreicht werden könne, was das grundsätzlich bedeute und wie man das beste Angebot für alle Beitragszahler*innen anbieten könne, habe man intensiv auf der ARD-Sitzung in Mainz beraten. Man habe seitens der Intendant*innen beschlossen, die neue ARD-Programmdirektion auf ihrem Weg grundsätzlich zu unterstützen. Die Intendant*innen hätten keine detaillierten Schema-Fragen beraten, sondern über Finanzierungsfragen, eine zentrale Steuerung und die parallele Planung von guten Inhalten für Das Erste und die Mediathek gesprochen. Das Papier des neuen Teams sehe vor, Doppelstrukturen zu vermeiden, Inhalte für die

einzelnen Zielgruppen besser aufeinander abzustimmen und mit gezieltem Ressourceneinsatz mit den vorhandenen Etats, Inhalte für das Publikum zu erstellen – unabhängig davon, wo sie die Inhalte suchen. Abschließend beinhalten diese Überlegungen auch Fragen, wie Das Erste in der Zuschauendenansprache qualitativ besser werden könne und wo das Programmschema neu gedacht werden müsse, um vorhandene Rechte besser einzusetzen. Zudem müsse überlegt werden, welche Programmplätze zukünftig besser gemeinsam mit der Mediathek gedacht werden müssten. Diese Programmfragen würden nächste Woche in der Klausur der Videoprogrammkonferenz (VPK) diskutiert. Entsprechend sei das Papier noch nicht von den zuständigen Stellen in der ARD abschließend diskutiert oder gar entschieden worden.

In Bezug auf die Magazine weist sie darauf hin, dass es nicht, wie fälschlicherweise berichtet, um weniger Information gehe. Es gehe vielmehr um das Mengengerüst, genauer gesagt um eine Mindestanzahl an ausgestrahlten Magazinen (es könnten somit auch mehr als bisher sein). Und es gehe darum, dass aus den Magazinredaktionen zusätzlich Dokumentationen zugeliefert würden; diese hätten höheres Potential, über die ARD Mediathek auch ein jüngeres Publikum zu erreichen. Magazine würden in der Mediathek seltener abgerufen. Es sei schade, wenn die wichtigen Themen der politischen Magazine nicht auch Online eine größere Rolle spielen würden. Seit dem Y-Kollektiv sei bekannt, wie groß das Potential von investigativen Dokumentationen sei.

Zusammengefasst gehe es nicht um die Reduktion von Informationen, sondern um bessere Absprachen und die Vermeidung von Doppelungen, um so zusätzliche Ressourcen für die Mediathek zu schaffen. In diesen Punkten sei das Konzeptpapier wirklich überzeugend. Nun müsse darüber diskutiert werden. Dies erfolge, wie bereits erwähnt, auf der VPK in der kommenden Woche. Sie macht außerdem darauf aufmerksam, dass man in Bezug zu Auftrag und Struktur von der Politik dazu aufgefordert sei, mit einer gleichbleibenden Finanzierung auszukommen. Entsprechend müsse man die vorhandenen Gelder über alle Plattformen hinweg sinnvoll einsetzen. Aus diesem Grund sei das Gesamtkonzept von Christine Strobl, Florian Hager und Oliver Köhr zu begrüßen.

Sie wirbt dafür, die Debatten in der ARD abzuwarten und nicht zu früh in diese öffentliche Diskussion einzutreten. Natürlich werde man die Gremien über die Pläne informieren, wenn die zuständigen Kolleg*innen darüber diskutiert und entschieden hätten. Man werde sich einer kritischen Debatte nicht verschließen – dafür seien die Gremien entsprechend beauftragt.

Herr Weyrauch stellt fest, er befinde sich im Moment auf einer lang geplanten Klausur der Audioprogrammkonferenz (APK) und der Videoprogrammkonferenz (VPK) in Berlin, auf der man die zukünftige Zusammenarbeit beider Konferenzen berate. Man habe jedoch die Gelegenheit genutzt, um als Programmdirektor*innen gemeinsam über das Konzeptpapier zu sprechen. Der Austausch sei jedoch nicht inhaltlich gewesen; vielmehr sei über die grundsätzliche Line beraten worden. Alle Direktor*innen hätten diesen Weg bestätigt, um eine digitale Offensive ernsthaft zu verfolgen, die Mediathek zu stärken und jüngere Zielgruppen zu erreichen. Wenn man dieses Vorhaben ernst

nehme und der Etat gleichbleibe, müsse geprüft werden, wie man dies nichtsdestotrotz finanzieren könne. Die meisten Gelder flössen aktuell ins Lineare – und vor allem in den Hauptabend. Es müsse nun geprüft werden, wie man diese Mittel so kostenschonend im Linearen einsetzen könne, dass man parallel Formate entwickeln könne, mit denen man auch attraktive Angebote für die Mediathek erhalte.

Wie Frau Dr. Gerner bereits angeführt habe, werde man sich erst auf der regulären VPK in Hamburg in der kommenden Woche inhaltlich zu den einzelnen Sendepunkten austauschen.

Eine Unterstützung durch die Gremien zu dieser grundsätzlichen Richtung, sei zu begrüßen; insofern bedanke er sich bei Herrn Demirel für dessen Beitrag, welcher dem Vorhaben den Rücken stärke.

Frau Niebuhr-Redder erläutert, dass sie nachvollziehen könne, dass mit begrenzten Programmmitteln trotzdem versucht werden müsse, auch die digitalen Kanäle zu stärken. Sie bedauere es jedoch sehr, dass dies nun auf Kosten eines Programmteils, der Magazine, geschehe, welchen sie für eine der Kernaufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks halte. Sie regt an, stattdessen weniger Herz-Schmerz in das Programm aufzunehmen. Letztendlich müsse die Mediathek mit Beiträgen gefüllt werden – auch mit Magazinen. Der Auftrag sei hier über die Abrufzahlen zu stellen.

Herr Dr. Kuhn spricht sich dafür aus, den Entschließungstext heute zu beschließen, da sich der Rundfunkrat auch in Fragen des Programms von Das Erste äußern sollte. Er schlägt jedoch ferner vor, den Zusatzantrag von Herrn von Zabern an den Programmausschuss zu verweisen, um eine vertiefte Diskussion führen zu können. Gegenwärtig lägen hierzu noch nicht genügend Informationen vor.

Die Haltung und die Art und Weise, wie in der ARD im Zusammenhang mit neuen Entwicklungen diskutiert werde, sei nicht förderlich. Frau Dr. Gerner habe in ihren Ausführungen darum gebeten, die Debatten und Entscheidungen in der ARD abzuwarten. Dies sei nach seinem Verständnis gerade nicht die Rolle, die Rundfunkräte zukünftig verstärkt einnehmen sollten. Vielmehr bedürfe es einer aktiveren Rolle. Es sei nicht nachvollziehbar, dass die ARD ihre Stellungnahme an die Rundfunkkommission der Länder nicht öffentlich gemacht habe. Als Gremium erfahre man, wenn überhaupt, Dinge aus der Presse oder beschäftige sich mit Themen, ohne die notwendigen Informationen dazu zu erhalten.

Zweitens seien die Fakten für die Argumente, die sich auf die Stärkung der Mediathek bezögen, nicht bekannt. Es liege keine Übersicht zu Abrufzahlen oder ähnliches vor. Man könne nicht nachvollziehen, ob Beiträge beispielsweise vermehrt abgerufen würden, weil sie linear zu einer späteren Sendezeit ausgestrahlt würden. Für dieses differenzierte und schwierige Thema bedürfe es weiterer Fakten.

Zusätzlich macht er darauf aufmerksam, dass er von der Einführung eines zahlungspflichtigen Angebots der ARD, „ARD Plus“, ab August 2021 gelesen habe. Man habe im Rundfunkrat nicht diskutiert, ob die ARD solch ein zahlungspflichtiges Angebot einführen sollte. Sicherlich werde man auch darüber letztendlich aus der Presse erfahren. Wenn die von der Rundfunkkommission

vorgesehene stärkende Rolle der Rundfunkräte und Gremien umgesetzt werden sollte, dann brauche es eine andere Kultur der vorherigen Information und Diskussion – nicht erst im Nachhinein, wenn die Fakten bereits beschlossen seien.

Herr Dr. Sondergeld macht deutlich, man befinde sich in einer Situation, in der zum Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks tiefgreifende Änderungen vonnöten seien. Er regt entsprechend an, in die neue Programmdirektion einen Vertrauensvorschuss zu investieren. Gleichwohl sei er derselben Meinung wie Herr Dr. Kuhn, die Kommunikation müsse verbreitert werden. Insofern sei zu hoffen, dass der ARD-Programmbeirat auf ARD-Ebene in die Überlegungen einbezogen werde, bevor sich diese verfestigen würden. Er schlägt zudem vor, über den Vorschlag von Herrn Dr. Kuhn hinausgehend, den ersten Satz in dem Ergänzungsantrag von Herrn von Zabern „Die ausgewiesene Kompetenz der ARD in der Information und der kritische investigative Journalismus sollte dabei gestärkt werden.“ mit aufzunehmen. Lediglich die Formulierung im zweiten Satz sei ihm, in Anbetracht der aktuell vorliegenden Informationen zu konkret.

Herr von Zabern verweist auf seinen vorliegenden, ausreichend begründeten Antrag und macht zudem darauf aufmerksam, dass der erste Satz von Herrn Dr. Sondergeld stamme, der zweite sei von Frau Falkenberg und ihm formuliert worden.

Den Ausführungen von Frau Dr. Gerner folgend, wonach der Stand der Diskussion noch vollkommen offen sei und es letztendlich nicht um eine Verminderung der Anzahl der Politmagazine gehe, sondern sogar der umgekehrte Fall eintreten könne, entspreche der zweite Satz aus seinem Antrag lediglich einer Empfehlung an die verantwortlichen Planer*innen und an die Intendant*innen. Man mache damit deutlich, dass vonseiten des Rundfunkrats ein Interesse an der Stärkung und Ausweitung der Politmagazine bestehe.

In diesem Zusammenhang erinnert er an eine bereits stattgefundene Kürzung der Sendezeit von Politmagazinen von 45 auf 30 Minuten vor ca. 15 Jahren sowie die Verschiebung auf einen späteren Sendeplatz. Ebenso macht er auf deren schlechte Auffindbarkeit in der ARD-Mediathek aufmerksam. Insofern sei die Argumentation, die Magazine würden online nicht funktionieren, nicht zulässig. Weiter sei in den Medien die Rede davon, dass die wegfallenden Magazine angeblich durch Dokumentationen aus den Politmagazin-Redaktionen ersetzt werden sollen. Hier weist er auf bereits vier Dokumentationsplätze in Das Erste hin – „Exklusiv im Ersten“, „Historie im Ersten“, „Reportage im Ersten“ und „Geschichte im Ersten“. Zum möglichen Ersatz für den Wegfall des Sendeplatzes von „Historie im Ersten“ am Montagabend gebe es noch keine Erklärung.

Er verweist auf die Aussage von Herrn Dr. Kuhn, dass man nicht abwarten dürfe, bis eine Entscheidung von den Intendant*innen getroffen worden sei. Vielmehr müssten die Gremien früher über anstehende Entscheidungen informiert werden, um sich auch inhaltlich an der Diskussion beteiligen zu können. Die Pläne seien keine lockeren Überlegungen. Vielmehr entstehe der Eindruck, dass bereits Leitplanken aufgestellt worden seien. Dieser Umgang mit

den Gremien sei nicht redlich. Insofern müsse der Rundfunkrat dem eine klare Position entgegensetzen.

Aus diesen Gründen sollte der Rundfunkrat auch diesen zweiten Satz in die EntschlieÙung mit aufnehmen. Die Politmagazine seien die DNA der ARD und von Das Erste.

Herr Horn schließt sich den Beiträgen von Frau Niebuhr-Redder und Herrn von Zabern an. Er macht jedoch darauf aufmerksam, dass er den EntschlieÙungsantrag insgesamt nicht mittragen werde. Insbesondere wegen des ersten Satzes im letzten Absatz: „Der Rundfunkrat begrüÙt eine Verschlinkung der gesetzlichen Beauftragung.“

Herr Dr. Sondergeld erklärt die Formulierung „Verschlinkung der gesetzlichen Beauftragung“: Diese Verschlinkung beziehe sich nicht auf den Auftrag – der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei weiterhin, für Information und Bildung, Kultur und Unterhaltung zu sorgen. Diese Verschlinkung beziehe sich lediglich auf die bislang in den Rundfunkstaatsverträgen aufgeführte Beauftragung aller Spartenkanäle. Es wäre in diesem Zusammenhang zu begrüÙen, dass sich diese Beauftragung im Wesentlichen auf Das Erste, ZDF, ARTE und möglicherweise 3sat und die Dritten beziehe. Die Verantwortung für die übrigen Spartenkanäle werde in die Obhut der Landesrundfunkanstalten und der zuständigen Gremien gelegt. Dies ermögliche den Sendeanstalten beispielsweise, Spartensender ins Digitale zu verlegen, sie zu verändern oder zusammenzuschließen, ohne dafür alle 16 Länderparlamente bemühen zu müssen.

Herr Horn weist darauf hin, dass dies so nicht in der EntschlieÙung formuliert sei.

Frau Brüning unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen von Herrn Dr. Kuhn. Sie macht jedoch deutlich, dass kritische und politische Informationen essenziell seien und zum Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien gehörten. Gleichzeitig regt sie als fast ausschließlich nicht lineare Nutzerin an, genau zu untersuchen, wie diese Informationen linear und digital besser funktionieren könnten. Es sei essenziell, die Mediathek an dieser Stelle weiter auszubauen. Insofern unterstütze sie die Grundlinie, bessere Synergien zu schaffen, ohne Informationen per se zu kürzen. Vielmehr müssten diese in andere Formate transformiert werden, um somit eine bessere Abstimmung zwischen linear und online zu erreichen. Nur so könne der öffentlich-rechtliche Rundfunk zukunftsfähig bleiben.

Herr Henschen schließt sich den bisherigen Ausführungen an, man könne aktuell nicht auf ausreichende Informationen zurückgreifen, um das – in weiten Teilen hervorragende – Papier heute in Gänze zu verabschieden. Es fehlten Details zur Abwägung, zu intendierten Zielgruppen, realen Zuschauern, Priorisierungen und Begründungen vor dem Hintergrund der Finanzierung. Zudem unterstütze er die Ausführungen von Herrn Demirel und ergänze diese um die Frage der Personalisierung Mediathekennutzung. Er habe keine

Vorstellung vom finanziellen Aufwand zur Einführung dieses technischen Merkmals.

Herr Dr. Harder macht deutlich, politische Bildung gehöre zwingend zum Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien. Leider spitze sich der Verlauf der heutigen Diskussion auf die Entscheidung zu: Entweder politische Bildung oder Digitalisierung. Es handle sich dabei jedoch nicht um oppositäre Entwicklungen. Vielmehr sei Digitalisierung zwingend notwendig, damit politische Bildung nicht geschwächt werde. Man habe eine stetig wachsende Zahl an Nicht-Wähler*innen und verliere bei einem zunehmenden Teil der Bevölkerung die Akzeptanz für demokratische Wahlen – durch die Wahl von rechten Kräften, die teils antidemokratisch seien. Auch der aktuelle Bundestagswahlkampf konzentriere sich leider nicht auf Klimawandel, Wirtschaftskrise oder die Corona-Pandemie, sondern auf Passagen aus einem Buch einer Kanzlerkandidatin. Somit müsse politische Bildung im Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien – und gerade auch in Politmagazinen – nochmals betont werden.

Es benötige die Unterstreichung dessen, was in diesem Änderungsantrag im zweiten Satz gefordert werde, denn „um den Bildungsauftrag zu erfüllen, sollten Politikmagazine gestärkt werden“. Es spreche nichts dagegen, diesen zweiten Satz mit aufzunehmen; dadurch werde die Debatte nicht abgeschlossen, sondern eher gefördert. Die darin enthaltene Forderung müsse umgesetzt werden – auch in digitaler Form.

Herr Dr. Kuhn übernimmt den Vorschlag von Herrn Dr. Sondergeld, den ersten Satz in die Entschließung mit aufzunehmen. In dem zweiten Satz stehe eben nicht nur das von Herrn Dr. Harder soeben vorgetragene Zitat „Um den Informations- und Bildungsauftrag zu erfüllen, sollten die Politikmagazine gestärkt werden“, sondern auch „zur Primetime gesendet und die Sendezeit wieder ausgeweitet werden“. Diese Forderung spreche ausdrücklich gegen den Vorschlag der neuen ARD-Programmdirektion. Für eine so konkrete Äußerung benötige der Rundfunkrat mehr Informationen.

Mit Blick auf „Online-First“ weist er zudem darauf hin, dass die Daseinsberechtigung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten weiterhin das lineare Programm bleiben werde. Außerdem kritisiert er die von Florian Hager beim ARD-Programmbeirat vorgestellten Zielgruppen der ARD Mediathek: Menschen, die die „Sendung verpasst“-Funktion nutzen und Menschen, denen Das Erste nicht bekannt sei. Dies sei eine verkehrte Definition der Adressaten. Daneben gebe es eine große Gruppe, die sich online und linear bestens auskenne und beide Verbreitungswege nutze. Auch auf diese Menschen müsse die neue Strategie ausgerichtet werden.

Herr Weyrauch weist darauf hin, dass das Konzept der neuen ARD-Programmdirektion eine Stärkung des investigativen Journalismus und eine Stärkung der Magazine vorsehe. Bei einer reinen quantitativen Ausweitung der Magazine erreiche man letztendlich dieselben Menschen wie bisher. Es sei jedoch für die politische Meinungsbildung der Bevölkerung essenziell, dass der (investigative) öffentlich-rechtliche Journalismus stets neue Zielgruppen

für diese wichtigen Themen begeistern könne. Um neue Zielgruppen zu erreichen, müsse der öffentlich-rechtliche Rundfunk innovative und neue Wege gehen.

Er erinnert, dass Radio Bremen mit „buten un binnen“ ebenfalls diesen Weg gegangen sei. Überlegungen, wie man mit „buten un binnen“ mehr Menschen erreichen könne, hätten dazu geführt, „buten un binnen“ als Marke für regionale Information zu etablieren und auszubauen – über alle Ausspielwege hinweg. Die Mittel dafür habe man aus dem Linearen in den Aufbau im Online-Bereich investiert. Mit dem Ergebnis, dass man einerseits die in der jüngeren Zielgruppe hinzugewonnen habe und andererseits auch im klassischen, linearen Bereich erfolgreicher sei als zuvor.

Herr Parpart bedankt sich für das Beispiel der „buten un binnen“-Modernisierung – diese sei wirklich sehr gut gelungen, vor allem mit Blick auf den neuen App-Auftritt. Es sei misslich, dass die notwendige Ausweitung der Mediathek im Zusammenhang mit den Politmagazinen diskutiert werde. Mit Blick auf eine notwendige Finanzierung rät er, vielmehr an den zahlreichen Krimis zu sparen; diese Produktionen seien sehr teuer.

Er unterstützt die EntschlieÙung und regt einen Beschluss inkl. der zwei durch Herrn von Zabern eingereichten Sätze an.

Frau Dr. Gerner erklärt, sie wolle auf zwei wichtige Punkte aufmerksam machen:

Zum einen diskutiere man lediglich über einzelne Details eines Gesamtkonzeptes. Das Papier stärke in einigen Bereichen die Information und enthalte gute Vorschläge zur klaren Verbesserung in diesem Bereich. Es schädige die Politmagazine eigentlich nicht; vor allem mit Blick auf die zusätzlichen Dokumentationen. Zweitens gehe es bei den Überlegungen nicht um Online-First. Vielmehr solle die Organisation und Planung zwischen linearen und der non-linearen Beiträgen gefördert werden.

Insofern werbe sie ebenfalls dafür, dem neuen Team einen Vertrauensvorschuss einzuräumen. Natürlich werde deren Arbeit weiterhin kritisch vom ARD-Programmbeirat begleitet sowie durch weitere Gremien.

Herr von Zabern verdeutlicht, wenn der Rundfunkrat heute die EntschlieÙung inkl. der beiden ergänzten Sätze beschlieÙe, entspreche dies einer kritischen Begleitung. Nach einer weitgehenden Entscheidung der Intendant*innen, könnten die Rundfunkräte nichts mehr dazu sagen. Wenn man jedoch die Rolle der Rundfunkräte als wichtiges Gremium wahrnehme, müsse man auch deren Position oder eine Empfehlung formulieren können.

Zudem stellt er fest, es gebe einen Unterschied zwischen politischem Magazin und Dokumentation. Politische Magazine seien in verschiedene, sechs- bis zehnminütige Beiträge aufgeteilt. Nur so könnten investigative und aufklärende Beiträge erstellt werden, die als vierte Gewalt die Verwaltung / die Politik kontrollieren und Skandale aufdecken würden. Diese Aufgabe könne eine Dokumentation (50 bis 90 Minuten) in dieser Form nicht leisten. Insofern halte er insgesamt an dem Format der Politmagazine fest und erachte diese als essenziell.

Er habe mit seinem Umfeld über die geplante Reduzierung der Politmagazine gesprochen und sei fast überall auf vollkommenes Unverständnis gestoßen. Es werde möglicherweise eine größere Welle des Protestes gegen solche Intentionen geben.

Frau Kissling rät mit Blick auf die Formulierung „Prime Time“ dringend davon ab, diesen Begriff zu verwenden. Jüngere Menschen könnten weder etwas mit diesem Begriff anfangen, noch säßen sie um 20:15 Uhr vor dem Fernseher. Die Intention, den politischen Auftrag wahrzunehmen und Politmagazine oder ähnliche Formate zu stärken, unterstützt sie.

Der Rundfunkrat stimmt mit 18 Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen für den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Kuhn und verweist den zweiten Satz aus dem Ergänzungsantrag von Herrn von Zabern „Um den Informations- und Bildungsauftrag zu erfüllen, sollten die Politikmagazine gestärkt werden, zur Primetime gesendet und die Sendezeit wieder ausgeweitet werden.“ zur weiteren Diskussion an den Programmausschuss.

Der Rundfunkrat stimmt bei einer Enthaltung dafür, die EntschlieÙung auf S.4 durch den ersten Satz aus dem Ergänzungsantrag von Herrn von Zabern „Die ausgewiesene Kompetenz der ARD in der Information und im kritischen und investigativen Journalismus sollten dabei gestärkt werden.“ zu ergänzen.

Der Rundfunkrat beschließt bei zwei Enthaltungen den EntschlieÙungstext inkl. der Ergänzung.

Frau Dr. Gerner bedankt sich beim Rundfunkrat für die soeben verabschiedete EntschlieÙung. Diese sei ein klares Signal der Unterstützung und Begleitung der ARD und Radio Bremen in diesen herausfordernden Zeiten.

Herr Dr. Sondergeld informiert, dass der EntschlieÙungstext auch als Pressemitteilung über Radio Bremen verbreitet werde. Er gehe davon aus, dass diese Diskussion die Gremien begleiten werde. Er kommt auf einen Vorschlag von Frau Dr. Gerner zurück und regt an, mindestens eine Person aus der neuen ARD-Programmdirektion zu Radio Bremen einzuladen.

TOP 5: Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrats

Herr Prof. von der Vring berichtet von der Sitzung des Verwaltungsrats am 4. Juni 2021. Nach einem ausführlichen Bericht der Intendantin sowie einer sich anschließenden Diskussion sei man kurz über den Aufsichtsrat der Bremedia Produktion GmbH informiert worden. Schwerpunkt der Sitzung sei der Bericht der Revision gewesen. Diese sei vor einigen Jahren aus Kostengründen an die Revision des Norddeutschen Rundfunks übergeben worden. Einmal im Jahr sei die Leiterin der NDR-Revision im Verwaltungsrat zu Gast. Man habe ferner über die Eckwerte der mittelfristigen Finanzplanung, über

das regelmäßig vorgelegte Unternehmenscockpit sowie die betriebliche Altersversorgung beraten. Angeschlossen habe sich ein ausführlicher Bericht über die Situation der weiblichen Beschäftigten, welcher dem Rundfunkrat bereits in der Sitzung im März vorgelegt worden sei. Zudem habe der Programmdirektor zur Publikumsakzeptanz von Radio Bremen-Angeboten informiert.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrats zur Kenntnis

TOP 6: Bericht der Intendantin Vorlage 10/2021

Herr Dr. Sondergeld bittet Frau Dr. Gerner in ihren mündlichen Ergänzungen auf die neuen Informationen über die Rundfunkkommission sowie über den Abschluss der Online-Befragung im ARD-Zukunftsdialog einzugehen.

Frau Dr. Gerner ergänzt ihren schriftlichen Bericht um folgende Punkte:

In der medienpolitischen Lage sei es gegenüber dem schriftlichen Bericht zu keinen neuen Entwicklungen gekommen. Die Rundfunkkommission habe, wie angekündigt, Ende Juni über die Flexibilisierung des Programmauftrags beraten. Es gebe aber noch keine Einigung und es stehe somit in Frage, ob der im schriftlichen Bericht aufgeführte Zeitplan eingehalten werden könne. Vor allem die CDU-regierten Länder hätten Bedenken geäußert, dass die Debatte um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zum Thema des Bundestagswahlkampfes werden könne. Insofern richte man sich darauf ein, dass in diesem Sommer/Herbst doch keine Anhörung und Beschlussfassung zum Flexibilisierungsstaatsvertrag stattfinden werde. Eventuell wollten einige Länder die Ergebnisse des noch ausstehenden Bundesverfassungsgerichtsurteils abwarten, um dies in ihre Überlegungen einzubeziehen.

Das komplexe und umfassende Strukturprojekt „(D)ein SAP“ sei erneut Gegenstand der Sitzung der Intendant*innen in Mainz gewesen. Die Intendant*innen hätten der Projektgruppe nochmals volle Unterstützung zugesichert und vereinbart, entsprechende Mitarbeiter*innen-Kapazitäten bereitzustellen. Zudem habe man eine externe Beratung als zusätzliche Unterstützung für das Projekt beauftragt. Radio Bremen sei weiterhin bereit, ab 2023 als Pilotanstalt zu fungieren. Man habe hierzu bereits im Mai dem Projekt eine zusätzliche personelle Unterstützung zur Verfügung gestellt. Das Projekt „(D)ein SAP“ sei für den Strukturwandel unerlässlich.

Im Rahmen des Zukunftsdialogs der ARD seien bis Ende Juni über die Online-Plattform innerhalb von vier Wochen rund 3.700 Ideen und über 10.000 Kommentare eingegangen. Im nächsten Schritt würden diese durch die ARD ausgewertet. Für November sei eine Abschlusskonferenz mit den Bürger*innen geplant, die bereits an der Auftaktveranstaltung teilgenommen

hätten. Zudem werde der ARD-Zukunftsdialog Anfang 2022 regional weitergeführt. Radio Bremen werde sich daran im Rahmen der Dialogstrategie beteiligen.

Man nutze die Zeit während der Sommerpause, um die bereits seit langem angedachten Umbaumaßnahmen auf der Gastronomiefläche im Weser-Haus vorzunehmen. Man habe keinen neuen Gastronomiebetreiber finden können und werde stattdessen eine Begegnungsfläche, gepaart mit einem gesunden Snack-Angebot, umsetzen. Im Vorfeld seien Mitarbeiter*innen über Umfragen und Workshops eingebunden worden.

In Ergänzung zu den Ausführungen zum Thema „New Work“ berichtet die Intendantin von der Ausschreibung eines ersten Pilotprojekts. In diesem Zusammenhang habe man beschlossen, bei der Beschaffung von Hardware zukünftig das Thema Home-Office und mobiles Arbeiten mitzudenken. Man werde entsprechend umsteuern und bei Radio Bremen, soweit wie technisch, finanziell und rechtlich möglich, langfristig auf mobile Endgeräte setzen.

Abschließend bedankt sich Frau Dr. Gerner für das Lob zum Dokumentarfilm „Vom Nazi zum englischen Fußballidol – Die Torwartlegende Bert Trautmann“. Sie betont, dass an dessen Produktion die Bremedia beteiligt gewesen sei. Man freue sich zudem über einen erfolgreichen Monat in der ARD Audiothek, auch im ARD-weiten Vergleich. Die Beiträge von Radio Bremen würden durchschnittlich jeweils 440 Mal abgerufen. Damit belege Radio Bremen erstmalig den ersten Platz. Einen wesentlichen Beitrag dazu würden die neuen Folgen von „Kein Mucks!“ der Krimipodcast mit Bastian Pastewka“ leisten. Dieser sei im Juni die zweiterfolgreichste Sendereihe in der ARD Audiothek – gleich nach dem „Coronavirus-Update“.

Fragen zum Bericht der Intendantin und den mündlichen Ergänzungen:

1. ARD-Sitzungen am 27. / 28 April und am 22. / 23. Juni 2021

Digital-Agenda: Eckpunkte der Personalisierung

Herr Dr. Kuhn merkt an, dieser Punkt im Bericht der Intendantin lasse ihn ratlos zurück. Es werde über zehn Eckpunkte zur Personalisierung berichtet, jedoch würden diese nicht erläutert.

Frau Dr. Gerner erklärt, die zwei wichtigsten Punkte habe man im Bericht aufgeführt. Das sei zum einen der restriktive Umgang mit dem Datenschutz und zum anderen, dass eine Personalisierung nicht dem Geschäft und dem Aufbau von Filterblasen dienen soll. Mit diesem zweiten Punkt hätten sich die Intendant*innen sehr ausführlich befasst. Dementsprechend sollen Algorithmen nicht nur genutzt werden, um Abrufzahlen zu erhöhen. Den Nutzer*innen sollen weiterhin andere Inhalte des öffentlich-rechtlichen Angebots vorgeschlagen werden. Zudem sei geplant, Nutzende auch während eines Streams bei Breaking News-Ereignis zu informieren.

Umbenennung „ARD-Werbung Sales & Services“

Herr Henschen fragt mit Blick auf die auf S.7 aufgeführte Umbenennung „ARD-Werbung Sales & Services“, ob die bei Fußballübertragungen gezeigte Werbung der UEFA zuzuschreiben sei.

Frau Dr. Gerner bestätigt die Vermutung. Bei der EM müsse man die Werbung der Sponsoren der UEFA mitsenden. Das sei Teil des erworbenen Rechtepakets. Ähnlich verhalte sich dies mit der Bandenwerbung in den Stadien. Werbung, die die ARD selbst gebucht habe, sei nur bei den 18:00 Uhr-Spielen zu sehen – man dürfe nach 20:00 Uhr keine Werbung senden.

ARD-Themenwochen 2021 / 2022

Auf Nachfrage von **Herr Henschen**, welche Radio Bremen-Beiträge für die ARD-Themenwoche „Stadt.Land.Wandel“ geplant seien, erklärt **Herr Weyrauch**, dass es von Radio Bremen keine großen fiktionalen Einbringungen geben werde. Alle übrigen Beiträge befänden sich noch im Anfangsstadium der Planung – man sei aktuell mit der Bundestagswahl im September beschäftigt. Gerne informiere er den Programmausschuss in der kommenden Sitzung über den dann aktuellen Stand der Planung.

2. Weitere ARD-Themen

ARD-Zukunftsdialog

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Kuhn** erklärt **Frau Del Din** die Online-Diskussion sei beendet. Im nächsten Schritt würden den einzelnen Landesrundfunkanstalten die Kommentare und Fragen weitergeleitet, die zu ihrer Rundfunkanstalt abgegeben worden seien. Diese Ergebnisse werde man anschließend bei Radio Bremen innerhalb des Führungskreises diskutieren. Die entstehenden Informationen werde man in den Dialog, der Anfang des nächsten Jahres mit dem Publikum in Bremen und Bremerhaven geführt werden soll, mit hereinnehmen, vertiefen und diskutieren.

Herr Dr. Sondergeld bittet darum, in der nächsten Rundfunkratssitzung am 30. September einen Bericht über die Auswertung zu erhalten – mit dem Schwerpunkt „Was lehrt uns das?“.

3. Radio Bremen

ARD-Wetterkompetenzzentrum

Herr Henschen möchte in Erfahrung bringen, ob das neue ARD-Wetterkompetenzzentrum Einfluss auf das Format des „buten un binnen“-Wetters habe – was dieser sehr schade fände.

Herr Weyrauch verdeutlicht, dass man auf keinen Fall das schöne „buten un binnen“-Wetter aufgeben werde – man sei sehr stolz auf dieses Format. Man erhalte zukünftig die notwendigen Daten sowie Grafiken zum Wetter vom HR.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht der Intendantin sowie die mündlichen Ergänzungen zur Kenntnis.

TOP 7: Berichte aus den Ausschüssen

Herr Dr. Sondergeld verweist auf die mit den Unterlagen versandten Kurzprotokolle zu den einzelnen Ausschusssitzungen.

a. Finanz- und Organisationsausschuss

Es gibt keine Nachfragen.

b. Ausschuss für Zukunftsfragen und Telemedien

Es gibt keine Nachfragen.

c. Programmausschuss

Es gibt keine Nachfragen.

TOP 8: Berichte vom ARTE-Programmbeirat und ARD-ProgrammbeiratARTE-Programmbeirat:

Herr von Zabern berichtet von einer Hybridsitzung des ARTE-Programmbeirats am 15. Juni 2021. Über einen wichtigen und erfreulichen Vorgang bei ARTE habe Frau Dr. Gerner bereits in ihrem schriftlichen Bericht informiert: Entsprechend des turnusmäßigen Wechsels alle vier Jahre seien drei Frauen neu in den Vorstand von ARTE G.E.I.E. gewählt bzw. berufen worden. Im Mittelpunkt des Berichts der Geschäftsführung habe der aktuell fertiggestellte Unternehmensplan von ARTE für 2021 bis 2024 gestanden. Sechs Arbeitsgruppen hätten sich mehrere Wochen mit strategischen Fragen der nahen Zukunft von ARTE auseinandergesetzt. Die fünf Themenbereiche lassen sich mit folgenden Überschriften kurz skizzieren:

- Das lineare und das nicht lineare Angebot von ARTE stärken.
Das beinhalte eine Anhebung des ARTE-Programm-Portfolios auf Exzellenzniveau. ARTE sei zur Talentschmiede zu machen. ARTE müsse im internationalen Wettbewerb den Anspruch an deutsch-französischen, europäischen und internationalen Koproduktionen neu formulieren und die europäischen Netzwerke von ARTE neu definieren.
- Ein breites Publikum in ganz Europa erreichen.
Dazu gehöre, mit ARTE-spezifischen Programminnovationen ein breites Publikum anzusprechen, aber auch das europäische Angebot zu verbessern, zu erweitern und vielfältiger zu machen.
- Die Marke ARTE stärken und zu einem Label für Qualitätsinhalte und Kultur in Europa ausbauen.
- Geschlechterparität, Diversität, soziale und ökologische Verantwortung der ARTE-Gruppe verbessern.
- ARTE mit einem Fokus auf Synergiepotenziale vereinfachen und die Arbeitsmethoden weiterentwickeln.

Zur Umsetzung werde ebenfalls eine neue Marketingstrategie entwickelt. ARTE habe dazu bereits eine weltweit aktive Kreativagentur beauftragt – unter den Stichworten: kreativ und emotional, Community Building. Hauptzielgruppe seien Menschen bis 50 Jahre.

Im Zusammenhang mit Corona komme es durch verzögerte Produktionen weiterhin zu Ausfällen im geplanten Programm, welche mit Wiederholungen gefüllt würden. Mit Blick auf die ungeklärte Finanzsituation mussten Sonderaktivitäten, wie beispielsweise mit dem Geiger Daniel Hope für „United We Stream“, beendet werden. Den Musikereignissen im Sommer werde ARTE dennoch einen breiten Raum geben. Dazu zähle unter anderem das Salzburger Festspiel im linearen Programm und bei ARTE Concert. Die ungeklärte Finanzierung aufgrund der ausbleibenden Beitragserhöhung könnte in Zukunft auch zu Einsparungen in der Kulturberichterstattung oder dem Aktuellen führen. ARTE habe keine Rücklagen, die man zur Überbrückung heranziehen könne. Bei der nächsten KEF-Anmeldung werde ARTE einen Mehrbedarf anmelden – auch mit Blick auf die geplante Europa-Ausrichtung.

Er weist auf einen Programmhöhepunkt am 6. Juni hin. ARTE habe alle neun Beethoven-Symphonien aus neun europäischen Städten, sieben davon live, übertragen. Begonnen habe die Übertragung um 13:00 Uhr in Bonn. Der Tag endete um 21:00 Uhr mit der neunten Symphonie aus Wien. Nach der abklingenden Pandemie sei dies als eine Wiederentdeckung des Kulturlebens in Europa gefeiert worden. Mit dem „Summer of Voices“ widme man sich im kommenden Schwerpunktprogramm berühmten Sänger*innen, vornehmlich aus der Pop-Geschichte.

Im Rahmen der Programmbeobachtung habe man die deutsch-französische Koproduktion von ARTE, die Geschichtsdokumentation „Napoleon - Metternich: Der Anfang vom Ende“ beobachtet. Die Dokumentation beschreibe die napoleonischen Feldzüge, die politischen, aber auch die kulturellen Veränderungen, die Napoleon damit in Europa geschaffen habe. Dies sei eingebettet in Form eines Dialogs zwischen Napoleon und Metternich, und werde durch Nacherzählungen der Geschichte ergänzt sowie von Historiker*innen kommentiert. Der Beirat habe diese Dokumentation insgesamt sehr positiv beurteilt. Kritisch angemerkt habe man die Vermischung von Spiel-Szenen mit den dokumentarischen Erzählungen und Kommentierungen der Geschichte. Es sei die Frage entstanden, wo die Grenze zwischen Dokumentation und Fiktion sei. Zudem habe man über die erste Folge „Macht und Politik“ der Kulturdokumentation „Störfaktor Kunst“ gesprochen. Diese Dokumentation zeige eine Reihe provokanter Kunstaktionen der letzten Jahre (Schlingensiefel bis zu Pussy Riot), die in der Öffentlichkeit zu einem geteilten Echo geführt hätten. Als drittes habe man die Web-Serie (Online-Only) „Arabellinen – Frauen des Arabischen Frühlings“ beobachtet. In dieser mehrteiligen Serie seien die wichtigsten Protagonistinnen des Arabischen Frühlings kurz vorgestellt und porträtiert worden. Der Programmbeirat habe kritisiert, dass durch die Kürze der Beiträge (acht bis zehn Minuten) keine ausreichende Einordnung der Frauen in das politische Geschehen, also in die Arabellion, und die Aktionen in den jeweiligen arabischen Ländern stattgefunden habe.

Abschließen wolle er mit einem Hinweis auf ARTE und Bremen. Es sei vor kurzem über zwei Kulturereignisse in Bremen ausführlich auf ARTE berichtet worden – insbesondere im Kulturmagazin „Twist“. Schwerpunkt sei die in

mehreren Museen in Bremen stattfindende Ausstellung „Smell it!“ gewesen. In einem weiteren Bericht im ARTE Journal sei über die aktuelle Aufführung „Aus den Akten auf die Bühne“ der Bremer Shakespeare Company berichtet worden. Das Stück greife das Thema der Verfolgung der Sinti*zze und Roma*nja in der Nazi-Zeit auf.

ARD-Programmbeirat:

Herr Dr. Kuhn informiert kurz über die Themen, die der Beirat in der kommenden Woche in der gemeinsamen Sitzung mit den Programmdirektor*innen besprechen werde.

Man habe in den letzten Monaten ausführlich die gesamte Tagesstrecke beobachtet: Begonnen mit dem „Morgenmagazin“ und „Live nach Neun“, „Buffet“ sowie dem „Mittagsmagazin“ über die Telenovelas am Nachmittag bis hin zu „Brisant“. Insgesamt sei der Programmbeirat zu einem positiveren Urteil gekommen als bei der letzten Beobachtung; man habe viele Verbesserungen festgestellt. Nichtsdestotrotz sei einiges noch nicht gelungen, wie beispielsweise die Unterbrechung des „Mittagsmagazin“ durch die Tagesschau. Zudem habe man wahrnehmen müssen, dass die beliebten und bekannten Telenovelas „Rote Rosen“ und „Sturm der Liebe“ nicht mehr so erfolgreich seien wie zuletzt. Weiter habe man mehrere Donnerstagskrimis beobachtet und sei überwiegend positiv beeindruckt.

Zusätzlich werde man den Programmdirektor*innen in der kommenden Woche zum wiederholten Male die Frage stellen, ob die Feiertage, in diesem Fall Ostern, Himmelfahrt und Pfingsten, für die ARD lediglich zu füllende Sendeplätze seien, auf denen Beiträge ohne Bezug zu historischem oder gar spirituellem Hintergrund gezeigt würden. Der ARD-Programmbeirat beschäftige sich mit der Programmierung von Feiertagen bereits seit einiger Zeit. Man erhalte jedoch keine befriedigenden Antworten von den Programmdirektor*innen.

Schließlich beurteile der ARD-Programmbeirat das neue Format „Pro und Contra“ innerhalb der Tagesthemen eher kritisch bzw. skeptisch. Ein Kommentar, der nach geltenden handwerklichen Regeln erstellt werde, wäge ohnehin Argumente von verschiedenen Seiten ab und komme anschließend zu einer begründeten Meinung. Die hier aufgegriffene Aufteilung in zwei Personen mit einem sehr subjektiven und plakativen Gegenüberstellen erachte der Programmbeirat als nicht gelungen.

Der Rundfunkrat nimmt die Berichte aus dem ARTE- und ARD-Programmbeirat zur Kenntnis.

TOP 9: Entsendung eines Mitglieds in den ARTE-Programmbeirat Vorlage 11/2021

Herr Dr. Sondergeld macht darauf aufmerksam, dass die Amtszeit des amtierenden ARTE-Programmbeirats zum 31. Oktober 2021 ende. Aus diesem Grund müsse man heute dieses Ehrenamt erneut besetzen.

Er schlägt das aktuell entsendete Mitglied, Herrn von Zabern zur Wiederwahl vor.

Es gibt keine weiteren Vorschläge.

Der Rundfunkrat beschließt eine offene Abstimmung.

Der Rundfunkrat wählt Thomas von Zabern einstimmig in der ARTE-Programmbeirat.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Sondergeld** bedankt sich **Herr von Zabern** für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und erklärt, dass er die Wahl annehme. Er freue sich, die Arbeit im ARTE-Programmbeirat weiterführen zu können.

TOP 10: Tätigkeitsbericht der Datenschutzbeauftragten

Vorlage 12/2021

Gast: Ivka Jurčević, Datenschutzbeauftragte Radio Bremen

Herr Dr. Sondergeld begrüßt die Datenschutzbeauftragte von Radio Bremen, Frau Jurčević, und verweist auf den umfangreichen Bericht, welcher die Wichtigkeit von Datenschutz verdeutliche.

Frau Jurčević bedankt sich für die Einladung und macht deutlich, dass sie im Nachgang für Rückfragen zu ihrem Tätigkeitsbericht oder sonstigen datenschutzrechtlichen Themen zur Verfügung stehe.

Der Rundfunkrat nimmt den Tätigkeitsbericht der Datenschutzbeauftragten von Radio Bremen für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 zur Kenntnis.

TOP 11: Bericht der Jugendschutzbeauftragten

Vorlage 13/2021

Präsentation

Gast: Bärbel Peters, Jugendschutzbeauftragte Radio Bremen

Herr Dr. Sondergeld begrüßt die Jugendschutzbeauftragte von Radio Bremen, Frau Peters, und bedankt sich für die gelungenen Einblicke in ihre Tätigkeit.

Präsentation „Zum Alltag der Jugendschutzbeauftragten bei Radio Bremen“ (siehe Anhang)

Fragen zum Bericht der Jugendschutzbeauftragten:

Herr Dr. Kuhn fragt, ob die gesetzliche Grundlage vor allen Dingen der Jugendschutz sei oder ob Frau Peters sich auch mit Fällen befasse, die für alle Zuschauer*innen unzumutbar seien. Alle Punkte, die sie auf Folie 4 als absolut unzulässig und relativ unzulässig aufgezählt habe, seien nicht nur für Jugendliche, sondern ebenfalls für alle anderen unzulässig.

Frau Peters verdeutlicht, dass sie tatsächlich nur für Jugendschutz zuständig sei.

Herr Carlson ergänzt, man arbeite mit den klaren Vorgaben des Radio Bremen-Gesetzes und des Medienstaatsvertrages. Danach habe man beispielsweise die verfassungsrechtliche Ordnung und insbesondere die Würde der Menschen zu achten. Schon daraus ergebe sich, dass man keine gewaltverherrlichenden Beiträge ausstrahlen dürfe. Dieses Vorgehen entspreche zudem dem allgemeinen Selbstverständnis des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Sondergeld** erklärt **Herr Carlson**, wenn ein Beitrag aus Jugendschutzperspektive problematisch sein könne, würden die jeweiligen CvDs oder RvDs informiert, die ebenfalls entsprechend geschult seien. Es handle sich dabei jedoch eher um Grenzfälle, auf die Frau Peters bereits eingegangen sei. Dabei sei dann eine Abwägung zwischen der Notwendigkeit der Darstellung, um einen Sachverhalt richtig vermitteln zu können, und dem Umstand, dass der Beitrag möglicherweise für einige Menschen verstörend sein könne, erforderlich. In solchen Fällen werde in der Regel auch das Justizariat eingebunden.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht der Jugendschutzbeauftragten von Radio Bremen für das Jahr 2020 zur Kenntnis.

TOP 13: Wahlberichterstattung
Präsentation
Gast: Andreas Neumann, Leiter ARD-aktuell

Präsentation „Bundestagswahl 2021. Planungsstand“ (siehe Anhang)

Fragen zur Wahlberichterstattung:

Herr Horn lobt die Radio Bremen Meinungsmelder. Mit Blick auf die Wahlstelle er sich jedoch die Frage, wie Radio Bremen mit der Möglichkeit der Manipulation der Befragungen umgehe. Es sei bereits mit bescheidenen Mitteln möglich, die eigene Meinung mehrmals abzugeben. Die Auswirkungen mit professionellen Programmen seien sicher größer. Dies sei vor allem essenziell, da sich der Wahlkampf vermehrt ins Internet verlagern werde.

Herr Weyrauch bestätigt die Möglichkeit der händischen Manipulation. Die Erfahrung zeige jedoch, und man nutze die Radio Bremen Meinungsmelder bereits seit drei Jahren, dass es kaum zu Manipulationen komme – es könne jedoch nicht ganz ausgeschlossen werden. Durch die hohe Beteiligung (2.000 bis 4.000 Menschen) fielen einzelne Mehrfachabstimmungen nicht so sehr ins Gewicht. Zudem seien die Meinungsmelder lediglich ein Dialog-Tool, welches die Meinung der Menschen einfange. Diese Meinungen, teilweise Einzelmei-

nungen, fänden sich als Zitate oder O-Töne im Programm wieder. Die Ergebnisse seien nicht repräsentativ. Man wolle, vor allem mit Blick auf die Bundestagswahl, die Sonntagsfrage nicht ersetzen – dafür gebe es Infratest dimap. Die Meinungsmelder sollen vielmehr die Stimmung in Bremen und umzu aufgreifen.

In Ergänzung zu der Frage aus dem Programmausschuss, ob Radio Bremen wieder eine Kampagne plane, die Menschen zur Teilnahme an der Wahl auffordere, stehe mittlerweile fest, dass Bremen NEXT, in deren Zielgruppe vor allem Erstwähler*innen zu finden seien, eine Kampagne auflegen werde. Darin soll für Demokratie und Wahlen geworben sowie gezielt auf Menschen zugegangen werden.

Auf eine Nachfrage von **Herrn Horn** stellt **Herr Carlson** fest, dass man alle Parteien nach dem Prinzip der abgestuften Chancengleichheit abbilde.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht zur geplanten Wahlberichterstattung zur Bundestagswahl im September 2021 zur Kenntnis.

TOP 14: Rückblick auf die Corona-Berichterstattung Präsentation

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die kommende Rundfunkratssitzung verschoben.

TOP 15: Publikumsakzeptanz von Radio Bremen-Angeboten Vorlage 16/2021

Herr Weyrauch verweist auf die Vorlage 16/2021, in der die wichtigen Zahlen aufgeführt seien. Dazu noch der Hinweis, dass aufgrund der Corona-Pandemie und auf Bitten der privaten Rundfunkveranstalter die letzte Erhebungswelle der Media-Analyse (MA) ausgesetzt worden sei. Die nächsten MA-Zahlen würden am 14. Juli veröffentlicht. Insofern werde man in der nächsten Rundfunkratssitzung dazu berichten.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht zur Akzeptanzentwicklung der Programme von Radio Bremen zur Kenntnis.

TOP 16: Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben

Herr Dr. Sondergeld begrüßt Frau Linke und bedankt sich für die Berichterstattung.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht über Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben in der Zeit vom 1. März bis 17. Juni 2021 zur Kenntnis.

TOP 17: Verschiedenes

Frau Kaiser lobt die Diversity-Checkliste von Radio Bremen. Diese würde kompakt die zentralen Diversity-Fragen beinhalten. Es werde z.B. bei „buten un binnen“ deutlich, dass auch vermehrt schwarze Perspektiven dargestellt würden. Sie habe jedoch eine kurze Anmerkung zu dem Punkt „Herkunft“: Die Frage „Berücksichtigen wir unterschiedliche Milieus ausreichend?“ sei schwer zu beantworten. Zum einen stelle sich die Frage, was ausreichend sei. Ferner sei der Begriff „Milieu“ konnotiert. Sie schlage stattdessen die Verwendung von Personengruppen verschiedener Perspektiven oder Communities vor.

Herr Dr. Sondergeld erklärt, der Begriff Milieu beschreibe in der Sozialwissenschaft eindeutig ein soziales Milieu – welches mehr sei als nur ökonomisch bestimmte Klassenverhältnisse.

Herr Weyrauch bestätigt die Ausführung von Herrn Dr. Sondergeld. Eine angemessene Berücksichtigung liege natürlich immer im Auge des Betrachtenden. Wichtig sei, dass die Fragen gestellt würden, bevor man Expert*innen einlade.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Sondergeld bedankt sich bei allen Teilnehmenden und schließt die öffentliche Rundfunkratssitzung um 19:25 Uhr.

Genehmigt:

gez. Dr. Klaus Sondergeld

Protokoll:

gez. Nina Gabriel
